

Bezugspreis  
vierteljährlich  
in Stadt, Ort-  
und Nachbort-  
bezirk 1.50,  
sonst 1.75.  
Einzelhefte 5 Pf.  
Abbestellung  
bis zum 1. d. M.  
mit Angabe der  
Summe und  
Bestellungs-  
ort.



Verantwortlicher Redakteur  
H. J. ...  
Anzeigenpreis  
Die 10spaltige Zeile  
über dem Raum  
10 Zeilen. Die  
Reklamensätze über  
dem Raum 20  
Zeilen. Bei  
Wiederholungen  
unveränderter  
Anzeigen entfallen  
die Kosten der  
ersten Zeile. Bei  
geringeren Anzeigen  
und bei  
Reklamensätzen  
unter 10 Zeilen  
werden die Kosten  
auf 10 Pf. erhöht.  
Telegraphisch-Adressen  
Calw.

Schwarzwälder Tageszeitung / für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt u. Calw.

Nr. 274      Ausgabe in Kitzingen-Stadt.      Mittwoch, den 22. November.      Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.      1916.

# Der Krieg.

## Der deutsche Tagesbericht.

**W.B. Großes Hauptquartier, 21. Nov. (Amtlich.)**  
**Westlicher Kriegshauptplatz: Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern:** Unsere Artillerie bekämpfte mit beobachteter Wirkung feindliche Batterien und Stützpunkte.

Lebhaftes feindliches Feuer lag auf unseren Stellungen beiderseits der Ancre und im Saint Pierre-Baast Wald. Kein Infanteriekampf.

**Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen:** In der Champagne und im Maasgebiet lebte während einzelner Tagesstunden die Artillerietätigkeit auf.

**Westlicher Kriegshauptplatz: Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern:** Nichts Wesentliches.

**Front des Generaloberst Erzherzog Carl:** Im Ludovagebiet (Waldburgen) wurde ein Patrouillenunternehmen von deutschen Jägern planmäßig durchgeführt; 40 Gefangene wurden eingebracht. Ein Entlastungsvorstoß der Russen im Nachbarabschnitt scheiterte blutig.

Am Ostrand Siebenbürgens nur kleine Gefechtsaktionen.

Die Deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nördlich von Campulung wiesen auch bei Nacht wiederholte rumänische Angriffe ab.

Am Alt wurden den Rumänen einige wichtige Ortschaften und verschante Höhen in hartem Kampf entrissen.

Unsere Infanterie steht vor Craiova, dem bisherigen Sitz des Oberkommandos der 1. rumänischen Armee.

**Balkankriegshauptplatz: Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen:** Von Artilleriefeuer abgesehen, keine besonderen Ereignisse.

Constanza und Sernavoda wurden beschossen. Unsere Fliegergeschwader bewarfen Verkehrsanlagen bei Buzarest mit Bomben.

**Mazedonische Front:** Zwischen Prespaee und Gerna fühlt der Gegner an die deutsch-bulgarischen Stellungen mit Vortruppen heran.

Serbische Vortöße an einzelnen Stellen der Moglenafront, durch hartes Feuer vorbereitet, scheiterten.

In der überschrittenen Strumaebene Zusammenstoß unserer Aufklärungsabteilungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Von der Sonne ist heute nichts Bedeutendes zu melden. Die letzten Kämpfe waren, wie mitgeteilt wird, dadurch bemerkenswert, daß die Engländer zu ihren Massenangriffen wieder in großem Umfange ihre Kolonialtruppen heranzogen. Die Verluste des Feindes am 18. und 19. November waren aber so ungeheuerlich groß, daß nicht anzunehmen ist, diese Methode werde noch lange anhalten. Ein schwedischer Offizier berechnete die englischen Verluste für den Oktober in den letzten Monaten auf 46.000 Mann, während er im Juli noch 16.000 betrug. Vom 1. Juli bis 1. November dürfte der Verlust der Engländer an der Westfront mindestens 600.000 Mann betragen, der November wird aber eine sehr erhebliche Steigerung bringen. Dazu kommt, daß die Erstürmung von Beaumont-Hamel und Beaucourt die Engländer in eine schwierige Lage gebracht hat, da die deutsche Artilleriebeobachtung über die Höhen von Serre verfügt und die in die genommenen Stellungen eingedrungenen Engländer vom deutschen Artilleriefeuer gefaßt werden können. Die Engländer befinden sich also jetzt in ähnlicher Lage wie die Deutschen in St. Pierre-Divion vor dem 18. November.

In Ost-Siebenbürgen und Rumänien wies sich jetzt entscheidende Ereignisse ab. Unsere Truppen haben nach der Schlacht bei Turgu Ziu am 18. No-

vember die Bahnlinie Orsova-Craiova erreicht und stehen vor dieser letzten Stadt, sind vielleicht schon mittelweiliger Herr derselben geworden. Das bedeutet aber nicht nur, daß die Verbindungslinie von Orsova her nach Bukarest dem Feinde genommen ist, sondern daß die Hauptstadt vom Westen des Landes bereits abgeschnürt und die an der Donau operierenden rumänischen Truppen die nächste Verbindung mit dem Landesmittelpunkt verloren haben. Craiova ist die bedeutendste Stadt der westlichen Walachei und Knotenpunkt zweier Hauptbahnen. Die Schlacht war außerordentlich heftig und die Rumänen waren sich der Folgen einer Niederlage wohl bewußt, denn sie kämpften mit äußerster Hartnäckigkeit. Es ist auch festgestellt, daß die fanatische Bevölkerung an den Kämpfen sich beteiligt und aus dem Hinterhalt auf unsere Truppen schicht. Das Schicksal der Freischützen in Belgien hat also in Rumänien nicht abschreckend gewirkt. Die Heeresleitung wird aber wohl dafür sorgen, daß den Halbwidern die Lust am Wildern vergeht.

### Kaiser Franz Joseph †.

**W.B. Wien, 21. November.** Eine Extraausgabe der Wiener Zeitung meldet, daß Se. K. und K. Apostolische Majestät Kaiser Franz Joseph I. heute am 21. November 9 Uhr abends im Schloß Schönbrunn sanft im Herrn entschlafen sind.

### Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow tritt zurück.

**W.B. Berlin, 21. Nov. (Amtlich.)** Wie wir hören, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister von Jagow aus Gesundheitsrücksichten um seinen Abschied gebeten. Zu seinem Nachfolger ist der Unterstaatssekretär Zimmermann in Aussicht genommen.

### Die englischen Völkerrechtsverletzungen.

Der bekannte Straßburger Rechtslehrer Prof. Dr. Paul Laband schreibt in der „Straßb. Post“:  
Ein von allen Kulturvölkern anerkanntes, übereinstimmendes und gleiches Völkerrecht hat es hinsichtlich des Kriegs, besonders des Seekriegs, vor dem Ausbruch des Weltkriegs nicht gegeben. Es beruht dies auf einer Verschiedenheit der Anschauungen über den Begriff des Weisens und den Zweck des Krieges. Seit dem 18. Jahrhundert und besonders seit den Freiheitskriegen kam die Anschauung zur Geltung, daß der Krieg ein Kampf unter Staaten sei, der beiderseits mit staatlichen Mitteln geführt werde und auf die Niederzwingung der organisierten Macht des feindlichen Staates gerichtet sei. Die friedliche Bevölkerung, die in der Regel an dem Ausbruch des Krieges nicht schuld ist und an der Kriegsführung selbst nicht teilnimmt, soll dagegen von den Leiden und Schäden, welche der Krieg ihr tatsächlich verursacht, möglichst verschont werden, soweit dies mit dem Weisens und Zweck des Krieges sich vereinigen lasse. Dieser humanen Auffassung entsprach eine Beschränkung der Mittel der Kriegsführung, das Leben, die Gesundheit und das Vermögen der Zivilbevölkerung sollten nicht vernichtet werden, soweit dies nicht eine unabwendbare Folge der notwendigen militärischen Kriegshandlungen ist. In Kongressen, theoretischen Erörterungen und seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in internationalen Vereinbarungen wurde diesen Rücksichten in steigendem Maße Rechnung getragen. Man versuchte durch Rechtsätze der Art und den Mitteln der Kriegsführung Schranken zu setzen; man schuf ein Kriegsvoölkerrecht oder glaubte und versuchte wenigstens, es zu schaffen.  
Im Gegensatz hierzu hielt aber England an dem alten Prinzip des Krieges fest, nach welchem die Schädigung und womöglich die Vernichtung des feindlichen Volkes der Zweck des Krieges ist. Jeder Angehörige des feindlichen Volkes ist, wie in alter Zeit, der Feind Englands, der ungeschädigt gemacht werden muß; er kann nicht nur ausgewiesen werden, was für ihn in den meisten Fällen weitläufig das Beste sein würde, son-

dern er kann interniert, in Gefangenenlager oder Gefängnisse gebracht, einer harten Behandlung unterworfen werden, und nur die Furcht vor Repressalien schützt ihn davor, daß er nicht getötet wird, wie der von der englischen Regierung gebilligte „Baralong“-Mord und die beim Untergang von U 41 verübten Schreckensaktionen beweisen.

So wie er hinsichtlich seiner Person als Feind behandelt wird, so auch mit Rücksicht auf sein Vermögen. Niemand soll mit ihm Handel und Wandel treiben, ihm Zahlungen oder andre Leistungen machen; sein Vermögen wird beschlagnahmt und konfisziert, die ihm erteilten Patente werden für nichtig erklärt, seine Handelsniederlassungen und industriellen Betriebe werden geschlossen und aufgelöst, also zerstört, und selbst die Fähigkeit, zur Geltendmachung seiner Rechte vor Gericht anzutreten und einen Prozeß zu führen, wird ihm entzogen. Er steht außerhalb von Gesetz und Recht; er ist vogelfrei.

Zur Rechtfertigung eines Krieges sind auch nicht feindselige Handlungen des anderen Staates oder politische Zwistigkeiten mit seiner Regierung erforderlich. Es genügt, daß ein Volk durch seine Geshkraft, seinen Reich, seine Industrie, seinen Handel, seine bewaffnete Macht usw. dem englischen Eigentum, der brutalen Ausbeutung und Tyranisierung der anderen Völker, der englischen Vandalen und Eroberungssucht ein Hindernis bietet. Als Zweck des gegenwärtigen Krieges wurde von der englischen Regierung die Zerschlagung des preussischen Militarismus bezeichnet, d. h. die Vernichtung der Widerstandskraft Deutschlands und der zu seiner Selbsterhaltung und Verteidigung dienenden Mittel. Zugleich sollten die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands, seine wirtschaftliche Blüte, sein Handel und seine Industrie vernichtet werden.

Bei dieser Verschiedenheit der Auffassung von Weisens und Zweck des Krieges erscheint vieles vom Standpunkt Englands aus als erlaubt, was nach den bis zum Ausbruch des Weltkrieges herrschenden Anschauungen der der anderen Kulturstaaten als verboten und als Bruch des Völkerrechts erschien. Dahin gehört der Ausgehungerungskrieg selbst, dessen Folgen viel weniger die hegreiche Armee und Kriegsschiffe als die friedliche Bevölkerung, Weiber, Kinder, Greise, Kranke und Dienstunfähige treffen. Das ganze Volk soll vernichtet werden; nicht nur die für die Kriegsführung erforderlichen oder dienlichen Gegenstände, sondern alle Lebensbedürfnisse sollen ihm entzogen werden. Damit im Zusammenhang stehen die völkerrechtswidrige Ausdehnung des Begriffs der Kontorbande, die Erklärung eines Teiles des offenen Meeres als Kriegshauptplatz, die fiktive Blockade, die heimliche Bewaffnung der Handelschiffe und ihre Verwendung zum Angriff gegen deutsche Kriegsschiffe, der Flaggenbetrug und die Mißhandlung der Kleinen, zum Widerstand gegen die englische Seemacht unfähigen neutralen Staaten, die ebenfalls mit Ausgehungerung, Blockade usw. bedroht werden, wenn sie sich nicht der englischen Willkür fügen und zur Einkreisung Deutschlands mitwirken. Die Ausgehungerung war als Kampfmittel im Burenkrieg bereits erprobt, in welchem viele Tausende von Frauen und Kindern einem qualvollen Hungertode preisgegeben wurden durch Lord Kitchener, dessen selbst für einen Engländer unerhörte Brutalität ihn zum populärsten Manne in England machte.

Auch bei der englischen Auffassung vom Weisens und Zweck des Krieges besteht immerhin die Möglichkeit, die Art der Kriegsführung mehr oder weniger den Anforderungen der Humanität und dem sogenannten Völkerrecht anzupassen. In dieser Hinsicht besteht ein Unterschied zwischen dem Landkrieg und dem Seekrieg. Am Landkrieg hatte England ein geringes Interesse. Infolge seiner insularen Lage und der Verteidigung seiner Küsten durch seine überragende Seemacht war die Gefahr des Eindringens einer fremden Armee kaum beachtenswert.

Andererseits war auch ein Kontinentalkrieg bei der früher geringen Militärmacht Englands unwahrscheinlich. Es überließ daher den anderen Staaten, aber den Krieg untereinander zu vereinbaren, was sie wollten; es auch gelegentlich diesen Vereinbarungen bei, deren praktische Anwendung für England kaum in Betracht kam und die es, wenn dies wider Erwarten doch eintrat, der Fall sein sollte, nicht zu befolgen entschlossen war, wie die Erfahrung gelehrt hat. Für den Seekrieg dagegen unterwarf sich England keiner Beschränkung seiner weitbeherrschenden Macht oder setzte sich in rücksichtsloser Weise über diejenigen Vereinbarungen, die es ratifiziert hat, hinweg, wie z. B. über die Pariser See-



rechts-Deklaration vom 16. April 1856, den Ausgangspunkt und die Grundlage aller neueren Vereinbarungen über den Seekrieg.

England ist hinsichtlich des Seekriegs auf dem Standpunkt längst vergangener Jahrhunderte stehen geblieben, erkennt keine Beschränkung der Kampfmittel durch Verträge oder Rücksichten auf die Humanität an, und führt den Krieg nicht nur gegen die Angehörigen des feindlichen Staates, sondern auch gegen die Neutralen mit der gleichen Schonungslosigkeit. Für England gibt es ein Völkerrecht, durch welches es sich im Kriege gebunden fühlt, überhaupt nicht; was andere Völker als Verletzungen des Völkerrechts empfinden, sehen die Engländer als erlaubten Gebrauch ihrer überragenden Macht zur See an.

## Die Polenfrage im preußischen Abgeordnetenhaus.

Im preußischen Abgeordnetenhaus kam am Montag der Antrag der konservativen, freikonservativen und national-liberalen Parteien; das Mißfallen darüber auszudrücken, daß die für den preußischen Staat und das Deutsche Reich so wichtige Erhebung Polens zum selbständigen Königreich ohne jede Beziehung der verfassungsmäßigen Instanz des Abgeordnetenhauses verfügt worden ist — zur Behandlung.

Minister des Innern v. Löbell sagte u. a.: In dem neu erkundeten polnischen Staat empfangen die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte ein selbständiges nationales Leben, wie sie es seit mehr als einem Jahr vergeblich ersehnt und erstrebt haben. Indem der polnische Staat mit dem Deutschen Reich und auch mit der österreichisch-ungarischen Monarchie aufs engste verhandelt wird, so hoffen wir bestimmt, des Deutschen Reiches Stabilität und Machtstellung für die Dauer gegen Osten gesichert und gesichert. Deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich im Weltkrieg gefunden. Sie werden durch das Novembermanifest verbunden und sollen für die Zukunft untrennbar sein. Diese geschichtliche Tatsache ist bereits bestätigt worden durch das Blut, das die Polische Region an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen hat. Sie wird bekräftigt werden, wenn neugebildete polnische Freiwilligenbataillone an der Seite der Wiederhersteller des polnischen Staatsebens, an der Seite ihrer Befreier erprobte polnische Tapferkeit einsehen zur Verteidigung der neu gewonnenen Zukunft Polens gegen die noch immer von Osten drohende Gefahr. In den Beratungen des Staatsministeriums, die dem Erlaß des Manifestes vorausgegangen sind, hat die Erörterung der besonderen preußischen Staatsinteressen den ihr gebührenden Raum eingenommen. Seiner nationalen deutschen Aufgabe im Osten wird der preußische Staat treu bleiben. Die Staatsregierung erwartet zuversichtlich, daß die im Preußen lebenden Polen in Zukunft dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben in den Ostmarken erleichtern werden. Die künftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. Ein Programm künftiger preußischer Ostmarkenpolitik zu entwickeln, muß ich mir in dieser Zeit und in diesem Augenblick verweigern. Aber eines zwinge mich, in nächster Ueberzeugung festzustellen: die übernommenen bisher erfüllten deutschen Aufgaben Preußens in den Ostprovinzen bleiben für die nahe und ferne Zukunft bestehen. Der Schatz wird die Erhaltung des Deutschen, deutschen Lebens und Wohls in den Provinzen, wo Deutsche und Polen beieinanderwohnen, bleibe eine Pflicht, die der preußische Staat weiterhin für das deutsche Volk, für deutsche Kultur und deutschen Geist erfüllen wird.

Der konservative Abg. Hegdebrand führte u. a. aus: Wir erwarten und verlangen vor allem, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des, die kulturellen und nationalen Bedürfnisse neuregelnden neuen Staatsebens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemeine politische Sicherheiten Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden. Abg. Dr. P. v. Zedlitz (Freikonservativ) sagte: Wenn wir in unserem Antrag die Wahrung des deutschen Charakters unserer Ostmarken verlangen, so haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere

deutschen Ostbürger nach der Gründung des Königreichs Polen in ihrem Vertrauen in der Ostmark weiterleben können. Für uns ist das Ziel der Ostmarkenpolitik nicht anders, als der Schutz des Deutschen. Der Abg. Strojanski (Volk) bemerkte u. a.: Wir lehnen den Antrag ab. Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung hat das polnische Volk das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren. Das Manifest der beiden verbündeten Kaiser erfüllt uns mit Genugtuung. Nach dem Willen der Antragsteller freilich sollen dem neuzubildenden Staat neue Fesseln angelegt werden, so daß seine Selbständigkeit nur eine scheinbare sein würde. Der Antrag bedeutet auch, daß die Antragsteller eine Verhinderung zwischen Preußen und Polen ablehnen. Das kann von den Polen nicht gebilligt werden. Der Abg. Dr. Friedberg (Natl.) sagte u. a.: Da uns die Staatsregierung bisher nicht die Gelegenheit gegeben hat, uns über die Proklamierung des Königreichs Polen zu äußern, haben wir die Initiative dazu ergreifen müssen und zwar im Interesse Preußens und der deutschen Ostmark. Wir sind bereit, nach den Erfahrungen des Krieges zu prüfen, ob wir eine Milderung der Polengesetzgebung eintreten lassen. Abg. Herold (Zentrum) erklärte, die heutige Diskussion gibt den Beweis, daß der Antrag nicht ausbringend wirken wird. Wir sind immer Gegner der starken Polenpolitik gewesen, die dem preußischen Staat nicht zum Segen gereichen wird. Wir sind immer dafür eingetreten, daß unsere polnischen Landesteile unlosbar mit Preußen verbunden bleiben. Ich hoffe, daß die Polen sich dauernd als Verbündete des Deutschen Reiches fühlen werden. Wir werden gegen den Antrag stimmen. Abg. Strödel (Soz.) erklärte: Man will die Polen befreien, wir halten es für das Richtige, wenn die Völker sich selbst befreien. Jetzt wird das neue Polen nur eine neue preußische Satrapie, Hoffentlich wird die Justiz, daß in Polen keine Zwangsrekrutierungen stattfinden sollen, streng eingehalten. — Darauf führte Minister des Innern v. Löbell aus: Ich weise es weit von mir, dem Vertreter auf seine unerhörten Ausführungen zu antworten. Die Mehrheit des Hauses steht turnusweise über den Ausführungen, wie wir sie hören müssen. Abg. Strödel (Soz.) verwahrte sich dagegen, daß er durch seine Rede die Geschäfte des Auswärtigen fördere.

Der Antrag wurde darauf in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 104 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

## Die Ereignisse im Westen.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Nov. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: An der gesamten Front verhältnismäßig ruhige Nacht.

Orientarmee: Die Schlacht, die seit dem 10. November an der Front der Orientarmee von der Cerna bis zum Prespa-See im Gange ist, endete mit einem vollen Sieg der Alliierten. Der 19. November bezeichnet das Gelingen des ausgehaltenen Manövers, durch das die deutsch-bulgarischen Truppen, die die Gegend von Monastir verteidigten, umficht wurden. Am Abend des 18. November nahmen die Serben, die ihre siegreiche Offensive fortsetzten, Gruniska östlich der Cerna. In derselben Nacht fiel Jarcech im Bogen des Flusses in die Hände der französisch-serbischen Truppen. In energischer Fortsetzung ihres Erfolges nahmen die Serben nach planvollem Kampf in der Nacht auf den 19. November die Höhe 1576 und verjagten in der Frühe des Morgens des 19. November den Feind aus Makowe. Am gleichen Tage wurden mehrere hundert bulgarischer Schützengraben in Richtung auf Dobromir ebenfalls von den Serben erobert. Diese kühne Vormarschbewegung zwang die Deutschen und Bulgaren, ihre letzten Stellungen vor Monastir zu räumen. Französische Kavallerie folgte den feindlichen Nachhut auf dem Fuß und rückte um 8.30 Uhr morgens in die Stadt ein. Ihr folgten Kolonnen französisch-serbischer Infanterie. Im Verlauf des Tages bemächtigten sich russisch-französische Truppen, die zugleich nördlich von Monastir vorrückten, nacheinander der Höhe 821 und des Dorfes Kerklina und gelangten bis vor Karaman und Orizani, die sie zugleich angriffen. 622 Gefangene und zahlreiches Material blieb in unserer Hand.

### Der Krieg mit Italien.

Wien, 21. Nov. Italienischer Kriegsjournal: Ein tiefgegliederter Gegenangriff auf den von unseren Truppen unlängst eroberten Graben südlich von Viglia wurde abgewiesen.

### Der italienische Tagesbericht.

Rom, 21. Nov. Amtlicher Bericht von gestern: An der Front im Trentino Artilleriekämpfe und feindliche

Schanzarbeiten, die durch unser Feuer verhindert wurden. Im Hochdruck beschloß die feindliche Artillerie unsere Stellungen am Kleinen Pal und am Freikofel. Unsere Batterien antworteten wirksam. Auf dem Karst griff der Feind am 19. November nach einer heftigen Artilleriebeschichtung kräftig unsere Stellungen auf der Höhe 126 nördlich von Welkohlak an. Nach erbittertem Kampfe gelang es ihm, eine unserer Vorpostenstellungen zu besetzen. Längs der übrigen Front wurde der Angriff unter großen Verlusten abgeschlagen. Wir machten einige Gefangene. Das schlechte Wetter hält auf dem gesamten Kriegsschauplatz an.

An der Salonikifront half eine unserer an Infanterie und Kavallerie bestehenden Einheiten wirksam bei allen Kämpfen um die Eroberung von Monastir mit, wo sie in der schwierigen Zone zwischen Cerna-Fluss und Prespa-See eingesetzt wurde und große Geländeschwierigkeiten, Unbilden des Wetters und erbitterten Widerstand des Feindes überwand. Sie rückten längs der Ostflänge des Vahaberges vor und machten ungefähr 200 Gefangene.

## Der Krieg zur See.

### Der Handelskrieg.

Berlin, 21. Nov. Amtlich. Im Monat Oktober sind 146 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 306 500 Bruttoregistertonnen von Unterseebooten und Torpedoboote der Mittelmächte aufgebracht, versenkt oder durch Minen verloren gegangen. Ferner sind neue Handelsfahrzeuge mit insgesamt 87 000 Br.-T. wegen Beförderung von Baumwolle zum Feinde versenkt worden. — Seit Kriegsbeginn sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 3 322 000 Tonnen feindlicher Handelsfahrzeuge verloren gegangen. Davon sind 2 550 000 Tonnen englisch.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 21. Nov. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote versenkte am 14. November im englischen Kanal ein französisches Bewachungsfahrzeug, anscheinend Zerstörer der Aro- oder Sape-Klasse. Außer 6 feindlichen Handelschiffen wurde von demselben Unterseeboot der norwegische Dampfer „Allvång“, der Kriegsmaterial für die französische Regierung an Bord führte, versenkt.

Amsterdam, 21. Nov. Die Zeitungen melden aus New-York, daß die Eigentümer der „Deutschland“ für die Freigabe des Schiffes 87 000 Dollars hinterlegt haben, nachdem auf Grund des schwebenden Prozesses ein Zurückhaltungsbegehren gegen das Schiff ergangen war. Die „Deutschland“ darf demnach jetzt jederzeit den Hafen von New-York verlassen.

Christiania, 21. Nov. (Norst-Telegr.-Bur.) Nach einem Telegramm an Nordist Skibredersforening ist der Prozeß betreffend die Bark Eicon vor dem deutschen Obertribunal gewonnen, das Urteil des Untertribunals damit umgestoßen und der Rederei Schadenersatz zuerkannt worden. Die Bark Eicon war am 1. November 1914 bei Juan Fernandez aufgebracht worden. Das Schiff hatte am 3. Mai Cardiff mit Kohlen nach Chile verlassen. Trotz des Einspruchs des Kapitäns hatten deutsche Kriegsschiffe die Bark nach der Insel Maanafera gebracht, wo der größte Teil der Kohlen auf deutsche Kriegsschiffe umgeladen wurden. Eicon hatte dabei Schaden erlitten.

## Neues vom Tage.

Hrad, 21. Nov. Heute nachmittag sind die hiesigen Lohsen mit 11 Mann des Hamburger Dampfers „Fris Hugo Stinnes“ hier eingetroffen, der infolge einer Kesselexplosion südlich Sandhamn untergegangen ist. Er war mit Erz von Uleua nach Hamburg unterwegs. Der Kapitän und 6 Mann bestiegen das erste Rettungsboot, 11 Mann das zweite. Erstere kenterte.

Wien, 21. Nov. Der Oberste Landesobergerichtshof hat das Todesurteil gegen die Tischehen Dr. Kra-

## Das Rätsel des Heidehauses

Roman von L. Waldbröl.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
Als der würdige Herr erst einmal bis zu diesen Schlussfolgerungen gelangt war, hatten sich für ihn alle Schleier des Geheimnisses gehoben, und er war durchaus darauf vorbereitet, den jungen Welter so zu empfangen, wie er es um seiner menschenfreundlichen Absichten willen verdiente.

In das behagliche Arbeitszimmer des Notars geführt, dessen hübsche, vornehme Einrichtung sich sehr wesentlich von der partianischen Einfachheit der Kanzlei unterschied, nahm Philipp Welter junior mit ziemlich selbstgefalliger Miene in dem angebotenen Ledersessel Platz. Seine Hoffnung, Fräulein Amalie Klingenberg zu begegnen, hatte sich zwar vorläufig noch nicht erfüllt, aber aus jenen Regionen, wo sich nach seiner Berechnung die Küche befinden mußte, waren so angenehme Düfte von Braten und frischem Backwerk in seine Nase gedrungen, daß die noch immer unerminderten Hoffnungen auf eine Einladung zum Abendessen dadurch einen besonders angenehmen und verführerischen Charakter angenommen hatten.

Auch die erste, unverbindliche Art des Notars hatte für den Besucher nicht eigentlich etwas Unmutigendes. Erstens mußte er, daß dies Klingenbergs gewöhnliche Art war, und dann handelte es sich doch auch zunächst um eine sehr ernsthafte Angelegenheit, die nicht leicht in oberflächlichem Plauderton erledigt werden konnte.

„Also, Herr Welter — damit ich vollständig klar sehe, erzählen Sie mir gefälligst noch einmal möglichst ausführlich und ohne alle phantastische Ausschmückung, was Sie heute im Heidehause gesehen und erlebt haben wollen!“

„Mit Vergnügen, Herr Notar! Aber Sie werden mir gütigst gestatten müssen, etwas weiter auszuholen!“

Es war ihm begreiflicherweise darum zu tun, sich so wichtig als möglich zu machen, und so begann er, da Klingenberg keinen Widerspruch erhob, mit einer eingehenden Schilderung von Arenbergs Besuch im Kantor der Firma Welter und Sohn, wobei er nachdrücklich hervorhob, daß der Fremde bei dieser Gelegenheit er-

wart habe, von den hiesigen Verhältnissen absofort nichts zu wissen, und daß er allem Anschein nach den Namen des Heidehauses und seiner früheren Bewohner zum erstenmal in seinem Leben gehört habe. Auch das sonderbare Benehmen der Frau Jürgen und ihrer Tochter bei seinem Verlangen nach Herausgabe der Schlüssel ließ er nicht unerwähnt, mit der Andeutung, daß das Benehmen eines Komplotts, an dem diese beiden Weiber beteiligt seien, für ihn nicht dem geringsten Zweifel unterläge.

Schließlich ging er zu der nachmaligen Schilderung seiner heutigen Erlebnisse über und versicherte nicht, daß sein Besuch im Heidehause mit einem „physischen Zusammenstoß“ zwischen ihm und diesem Herrn Arenberg“ geendet habe.

Mit einem unbehaglichen durchdringenden Blick bestritten sich die scharfen Augen des Notars auf sein Gesicht.

„Mit andern Worten, Herr Arenberg hat sich veranlaßt gesehen, Sie hinauszumerden — nicht wahr?“

„Man könnte es beinahe so nennen!“ gefand Philipp Welter widerwillig zu. „Aber ich ließ mir das nur deshalb ohne Widerstand gefallen, weil es meinem Unstabsgefühl widersetzte, mich in Gegenwart einer jungen Dame auf eine brutale Kauferei einzulassen!“

„Aus allem, was Sie mir da erzählen, gewinne ich den Eindruck, daß Herr Robert Arenberg ein vornehmer Mann ist!“

„Dem Aussehen nach ist er es wohl, das kann man nicht leugnen!“

„Wenn ein solcher Herr sich veranlaßt sieht, mit eigenen Händen jemanden an die frische Luft zu befördern, so muß er dazu die triftigsten Ursachen haben. Wahrscheinlich hatte er also die Empfindung, daß Sie sich unangemessen gegen die junge Dame benommen hätten, die unter seinem Schutz stand.“

„O nein, Herr Notar! Diesen Vorwurf habe ich in keiner Weise verdient! Ich war dem Fräulein Gotter durchaus höflich begegnet, und wenn unser Gespräch trotzdem eine unerreueche Wendung nahm, so war einzig und allein ihre Schuld, nicht die meinte! Aber Herr Arenberg hatte allerdings den Anfang der Unterhaltung nicht gehört, und so mochte er wohl irrtümlicherweise dem Schluß gekommen sein, daß ich es an der nötigen Rücksichtnahme hätte fehlen lassen.“

„Nun, wir wollen das auf sich beruhen lassen: denn

es geht mich weiter nichts an! Etwas anderes aber möchte ich Ihnen mitteilen — etwas, das Sie allem Anschein nach bis jetzt nicht gewußt haben. Oder war es Ihnen bekannt, daß Frau Gotter seit längerer Zeit schon den Namen Holderegger führt?“

„Keine Ahnung“, erwiderte Philipp Welter verblüfft. „Aber das ist ja derselbe Name, den Arenberg dem alten Christian als den seiner angeblichen Cousine genannt hat! Er verdrehte ihn etwas, als er mir davon erzählte; aber ich bin sicher, daß es dieser Name gewesen ist.“

„Nun also! — Sie werden jetzt, wie ich denke, um eine einleuchtende Erklärung für das, was heute geschehen ist, und was Ihnen so wunderbar scheint, nicht mehr in Verlegenheit sein! Ich habe Veranlassung, anzunehmen, daß die ehelichen Verhältnisse des Herrn Stephan Gotter während seiner letzten Lebenszeit stark getrübt waren, und daß seine Witwe sich schon sehr bald nach seinem Ableben zur Wiederverheiratung entschlossen hat. Es konnte unter diesen Umständen dem Fräulein Gotter, die sehr wohl den Namen ihres Stiefvaters angenommen haben kann, nicht sehr erwünscht sein, daß Sie von dem Selbstmorde ihres Vaters zu sprechen angingen. Und wenn sie mit Rücksicht auf die Anwesenheit ihres Vaters diesen Selbstmord überhaupt ableugnete, so erklärt sich das ohne große Mühe aus der Tatsache, daß den Verwandten ihres Stiefvaters, zu denen Herr Arenberg vermutlich gehört, dieser Selbstmord bisher unbekannt geblieben ist und auch weiterhin unbekannt bleiben sollte. Auch in dem Umstand, daß Herr Arenberg nichts von den früheren Bewohnern und von der Geschichte des Heidehauses wußte, als er es durch die Vermittlung Ihrer Firma zum Sommeraufenthalt mietete, liegt gar nichts Befremdliches. Daß er gerade auf dies Haus verfiel, war eben eine von jenen Zufälligkeiten, an denen das menschliche Leben so reich ist. Wenn Sie heute, wie es ja in der Tat der Fall gewesen zu sein scheint, da draußen in Langenbagen ein bißchen schroff und unfreundlich behandelt worden sind, so sollten Sie sich die Frage vorlegen, ob Sie nicht selbst durch Ihr unbedachtes Benehmen einen guten Teil der Schuld daran tragen. Daß man im Hause des Gehängten nicht vom Strick reden darf, hätten Sie sich als ein Mann von einiger Lebensart eigentlich selber sagen sollen!“

Fortsetzung folgt.

marz, Dr. Kassin, Gerwinke und Jamajal wegen Hochverrats und Spionage bestraft.

Wien, 21. Nov. Den Västern zufolge ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf Ludwig Szekely zum Gesandten in Sofia ernannt worden.

Paris, 21. Nov. Der ehemalige Eisenbahndirektor Clavelle ist zum „Verkehrsminister“ ernannt worden.

London, 21. Nov. Neue Verordnungen verbieten jede weitere Erhöhung des Milchpreises und bestimmen, daß Weizen statt bis auf 73 Prozent nunmehr bis auf 78 Prozent ausgemahlen werden soll.

Höchstpreise in Schweden.

Stockholm, 21. Nov. Da amtlich festgestellt worden ist, daß die Vorräte von Weizen und Roggen für das Jahresbedürfnis des Landes nicht hinlänglich sind, sondern Brotmangel befürchtet werden muß, wenn nicht sofort Maßnahmen getroffen werden, so beschloß die Regierung gewisse vorläufige Maßnahmen, bis umfassendere zu Anfang des Jahres 1917 getroffen werden, nämlich Höchstpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, sowie Weizen- und Roggenmehl. Der Volkswirtschaftsausschuß soll Maßnahmen für die Organisation von staatlichem Einkauf und Verkauf von Getreide und Mehl treffen. Der Ausschuß wird weiter ermächtigt, im Lande Getreide einzukaufen, und erhält für diesen Zweck aus Staatsmitteln vorläufig 5 Millionen Kronen.

Madrid, 21. Nov. In Barcelona wurde das Blatt „Progreso“ wegen Unerschrockenheit gegen den deutschen Kaiser beschlagnahmt. (Das muß es aber toll geschrieben haben, denn in Spanien wird nicht so leicht ein Blatt gemahregelt. D. Schr.)

Neue Völlerrechtsverletzung.

Athen, 21. Nov. (Reuter.) Der deutsche, österreichisch-ungarische, bulgarische und türkische Gesandte müssen sich auf einem Dampfer einschiffen, der zu ihrer Verfügung gestellt ist, andernfalls würden sie mit Gewalt entfernt werden. Admiral Kournel hat ihnen das direkt mitgeteilt. Der König hat jede Verantwortung abgelehnt. Die spanische Gesandtschaft übernimmt den Schutz der deutschen Untertanen, die amerikanische den der österreichisch-ungarischen, sowie türkischen und bulgarischen Untertanen. (Da Deutschland seit geraumer Zeit von jeder telegraphischen und brieflichen Verbindung mit Griechenland abgeschlossen ist, kann nicht nachgeprüft werden, ob dieser Gewaltstreich wirklich vom Bierverband ausgeführt worden ist.)

Washington, 21. Nov. Hier verlautet, Wilson beachtliche nicht irgendwelche Schritte zur Friedensvermittlung zu unternehmen. (Soll wohl heißen: noch nicht. D. Schr.)

Wien, 21. Nov. Die „Associated Press“ hat aus Tokio erfahren, Japan habe sich einverstanden erklärt, in seine Forderungen auf der Friedenskonferenz den ständigen Besitz der (deutschen) Südpazifikinseln, Marquiasinseln, Bismarckarchipel usw.) nicht mit einzuschließen. Wie bekannt werde, hätten die Vereinigten Staaten nichtamtlich den Wunsch ausgesprochen, daß diese Inseln kein ständiger Besitz Japans werden mögen. Die Vereinigten Staaten hätten die Frage zuerst mit England besprochen und England und die Vereinigten Staaten hätten eine gemeinsame Anregung gegeben, daß Japan nicht auf der ständigen Besitznahme der Inseln bestehen möge. Man halte es für wahrscheinlich, daß Japan auf der Friedenskonferenz in anderer Richtung einen Erfolg suchen werde, vielleicht in der Bestätigung der Rechte Japans auf Schantung.

Amtliches.

Verfügung der Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über den Handel mit Schweinen zum Zwecke der Fleischschlachtung.

Auf Grund des § 1 der Ministerialverordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 25. September 1916 wird mit sofortiger Wirkung angeordnet:

1. Schweine im Lebendgewicht von mehr als 120 Pfund dürfen nur abgesetzt werden an Personen, die als Besitzer eines landwirtschaftlichen Anwesens oder eines Mästereibetriebs ständig Schweine halten, an gewerbliche Betriebe, die Schweine zur Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter mästen, und an die von der Fleischversorgungsstelle zum Handel mit Schweinen zugelassenen Händler. Nur diese Personen dürfen solche Schweine erwerben.

Dies gilt auch für die Lieferung und den Erwerb auf Grund bereits abgeschlossener Kaufverträge.

2. Wer entgegen vorstehenden Vorschriften Schweine absetzt, erwirbt oder vermittelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Abhaltung eines Maschinenlehrcurses für Landwirte in Hohenheim.

In der Zeit vom 14. bis 16. Dezember d. J. wird in Hohenheim ein dreitägiger Maschinenlehrcursus abgehalten, in welchem praktische Landwirte über die Konstruktion, Handhabung und Instandhaltung der neuesten Hofmaschinen, z. B. Dreschmaschinen, Putzmühle, Windfeg, Trieur, Futter Schneidmaschine, Schrotmühle usw. und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Antriebs durch Elektromotor und Benzinmotor, sowie über einige Feldmaschinen (Sämaschinen usw.), unterwiesen werden sollen.

Gefuche um Zulassung zu dem Kurs sind unter Vorlage eines Geburts- und Vermögenszeugnisses spätestens bis 4. Dezember d. J. beim Sekretariat der Zentralstelle für die Landwirtschaft einzureichen.

Die württembergische Verleisliste Nr. 504 betrifft Landst.-Inf.-Regt. Nr. 13, Gren.-Regt. Nr. 119, Inf.-Regt. Nr. 122, Inf.-Regt. Nr. 119, die Inf.-Regt. Nr. 120, 121, 124, 125, 180 und 413, die Landst.-Inf.-Regt. Nr. 120, 121, 123, 124 und 125, Maschinengewehr-Scharfschützen-Abt. Nr. 53, die ehem. Maschinengewehr-Scharfschützen-Truppe Nr. 93 und 94; ferner die 1. Landst.-Eskadr., Feldart.-Regt. Nr. 29, Feldart.-Abt. Nr. 407, Feldart.-Batt. Nr. 888, Flugabwehr-Kanonenzug Nr. 34, die 1., 3. und 4. Landw.-Pionier-Komp., die 2. und 5. Feld-Pionier-Komp., die Minenwerfer-Komp. Nr. 27, die Feldfliegertruppe, Feldbäckereifel Nr. 2, Sanitäts-Komp. Nr. 3 und Etappen-Sanitäts-Kraftwagen Abt. der Armeekorps A.

Die Liste enthält u. a. folgende Namen: Johannes Scherer, Böfingen, l. verw. Christian Schwan, Hörterbach, gef. Paul Maier, Altensteig, schw. verw. Jakob Dreher, Sulz, gef. Johannes Gärtner, Sulz, l. verw. Martin Dürr, Martinsmoos, verm. Franz Gerbis, Nohrdorf, verm. Jakob Gäntler, Hörterbach, verm. Otto Gäntler, Weiersbrunn verm. Gottlob Guteskunst, Schättingen verm. Matthäus Maier, Calw, verm. Gottlob Schuler, Dietersweiler, verm. Friedrich Großhaus, Beuren, inf. verw. gestorben. Alfz. Eduard Brenner, Nagold, l. verw. bei der Truppe. Alfz. Wilhelm Kirn, Calw, verm. Friedrich Bahler, Teinach, gef. Karl Klumpp, Dorfschellen, verm. Friedrich Burgardt, Spielberg, verm. Adolf Schmid, Freudenstadt, in Gefang. Wilhelm Rothfuß, Dietersweiler, verlegt. Johannes Koller, Durrweiler, l. verw. Christoph Egel, Wildbad, inf. verw. gest. August Dürr, Wildberg, schw. verw. Friedrich Essig, Oberhangstett, l. verw. Hermann Hemminger, Nagold, l. verw. Friedrich Seeger, Altensteig-Dorf, Nagold, bisher verw., auch verm.

„Vaterländischer Hilfsdienst“. Nach dem „Vorwärts“ soll der bisher als Zivildienstige behandelte Geesentourist, mit dem der Bundesrat sich beschäftigen wird, den Titel „Vaterländischer Hilfsdienst“ erhalten. Das Gesetz wird sich auf alle männlichen Personen zwischen dem 17. und dem 60. Lebensjahr erstrecken.

„Massenpeinigung in Deutschland“. Nach der Zusammenfassung des Kriegsaussschusses für Konsumteninteressen sind in 64 Städten Einrichtungen für Massenpeinigung getroffen. Diese Städte haben insgesamt 223 Kriegsküchen, außerdem sind in 10 Städten 26 Niststellenshallen und in 15 Städten besondere Kinderfreizeitanstalten vorhanden; 3 Städte besitzen fahrbare Küchen. In 32 Städten wird die Massenpeinigung von der Stadtverwaltung betrieben, in 13 Städten geschieht es in Verbindung mit Wohltätigkeitsvereinen. In 11 Städten haben gemeinnützige Gesellschaften die Sache in der Hand, während in 5 Städten die Massenpeinigungen Privatunternehmungen sind. In 49 Städten erfolgt die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden, in 15 Städten sorgen Speiseanstalten selbst dafür. Die Beteiligung war bei etwa der Hälfte der Städte gut und blieb auch weiterhin reger. In 15 Städten war von Anfang an geringer Besuch festzustellen, der immer mehr nachließ, während der anfänglich geringe Besuch in 12 weiteren Städten noch und nach reger wurde.

„Strohkrastfutter“. Zu den in Breslau und Langzig mit bedeutenden Mitteln errichteten Reichsfutterwerken soll demnächst ein drittes treten, das in Regensburg mit einem Stammkapital von 9 Millionen Mark gegründet werden soll. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Verwertung von Stroh, dessen Nährbestandteile durch Kochen mit Aepnatron ausgeschloffen werden.

„Ein auffälliger Vorgang“. Aus einem vommerischen Kreise wird der „Deutschen Tagesztg.“ geschrieben: In einer vom Landrat berufenen Versammlung, die sich mit der freiwilligen Abgabe von Goldsachen beschäftigte, sagten zwei Landgeistliche übereinstimmend aus, daß bei den Bemühungen, Gold- oder Schmuckstücke zu sammeln, ihnen oft von den Leuten entgegen wurde, sie müßten ihre Goldsachen ihrem Geschäftsmann abliefern, denn dieser habe ihnen erklärt, er bekäme auch nur Ware, wenn er Goldsachen abliefern und könne ihnen deshalb sonst auch keine Ware verkaufen. Es scheint also Geschäftskente zu geben, die planmäßig Gold sammeln, aber offenbar nicht, um es abzuliefern, sondern um es zu behalten. Sollten anderswo ähnliche Beobachtungen gemacht werden, so wäre es doch sehr gut, sie auch zu veröffentlichen, damit ein Urteil darüber möglich ist, ob es sich hier um ganz vereinzelte oder um häufigere Erscheinungen handelt.

„Eine neue Abteilung der Reichsbekleidungsstelle ist soeben, wie die „Textil-Woch.“ mitteilt, eingerichtet worden. Ihr unterliegt die Bewirtschaftung der Ersatzstoffe und der getragenen Kleidungsstücke. Die Leitung besteht aus den Herren Kienzle-Stuttgart, Loh-Berlin und Amtsdirektor Jüdic (bisher in Lodz), sowie Handelsdirektor Levy-Berlin. Die Geschäftsstelle hat ihren Sitz bei der Kriegswirtschafts-A.G., Berlin, Rauerstr. 53-56.

„Zur Abwälzung der Warenumschsteuer“. Der Verein deutscher Wollereien in Stuttgart hat beschlossen, den Umsatzstempel auf die Kundhaft nicht abzuwälzen. Andererseits aber verlangt er auch, daß die Lieferanten ebenfalls auf eine Abwälzung des Umsatzstempels verzichten. Der Verein wird sich an die Spinner in diesem Sinne wenden und sie zu einer Vereinbarung darüber einladen, daß innerhalb der deutschen Textilindustrie auf eine Abwälzung des Umsatzstempels gegenseitig verzichtet wird.

„Zur Mobilmachung der Arbeit“. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hat das Stellvertretende Generalkommando des 8. Armeekorps angeordnet, daß Bauten, die nicht mit der Kriegstätigkeit zusammenhängen, gänzlich einzustellen seien. Im Bereich der Festung Köln sei diese Anordnung bereits ausgeführt worden. Begonnene Bauten, soweit sie unter dieses Verbot fallen, dürfen nicht fortgesetzt, neue nicht in Angriff genommen werden. Um den Bedarf an Wagen für die Lebensmittelzufuhr und die Kriegsindustrie unbedingt sicherzustellen, hat die Eisenbahndirektion Eisenfeld verfügt, daß Frachtmüdigkeit vom 16. bis 18. November zum Versand nicht angenommen wird und Lebensmittel nur als Gültgut versandt werden. Demnach würden von den Güterabfertigungen Bestellungen auf bedeckte Güterwagen nur für Militär- und von Privatgut nur für Kartoffeln, Brotpetreide und andere Nahrungsmittel angenommen. Für andere Sendungen wäre eine Beschleunigung des Wagenbureaus einzufordern.

„Aus dem Kriegsberahrungsamt“. Der Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Abel, Direktor des Hygienischen Instituts in Jena, hat seinen Austritt aus dem Beirat des Kriegsberahrungsamts erklärt. — Der frühere Reichstagsabgeordnete Stadtrat Kobelt in Magdeburg ist in den Vorstand der Reichsfleischstelle berufen worden.

„Gegen eine etwaige Begnadigung für Bucher“. Vom Verband gegen Warenfälschung und Bucher in Hannover ist an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet worden, worin auf die Gerüchte hingewiesen wird, daß bei Friedensschluß eine sehr weitgehende Begnadigung für Kriegsvergehen erfolgen werde. Mit diesen Gerüchten würden Befürchtungen verknüpft, daß insbesondere auch Straftaten, die auf wucherische Ausbeutung des eigenen Vaterlandes beruhen, darunter fallen. Der Verband bittet daher den Reichskanzler, eine Erklärung sämtlicher Bundesfürsten herbeizuführen, daß eine Begnadigung für solche Straftaten nicht erfolgen werde. Die Eingabe verdient gewiß Beachtung, nur wird man die Sache nicht zu allgemein aufstellen dürfen. Es sind manche Beurteilungen wegen Wuchers erfolgt, wobei es sich um geringfügige Dinge handelte, die aber formell unter das Strafgesetz fielen. Was aber den eigentlichen und leider allerdings so häufigen schweren Wucher betrifft, so sollte es für ihn keinen nachträglichen Straferlaß geben, das würde ja geradezu anreizend wirken.

„Die Klage der Butterhändler“. Im August d. J. haben die Buttergeschäfte sich Beschwerde über die Butter nach dem vollen Gewicht und in einwandfreier Beschaffenheit verkaufen müßten, während ihnen die Butter von den verschiedenen Butterstellen oft in recht schlechtem Zustand und mit Untergewicht geliefert werde. Das Mindergewicht einer Tonne Butter (1 Zentner) erreiche durch längeres Lagern bezw. ehe sie durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft an die Gemeinden und von diesen an den Großhändler kommt, meist mehrere Pfund. Dazu kommt, daß die J.C.G. und die Butterverforgungsstellen sich nur an das Fakturen- oder Wahngewicht halten, das nicht zuverlässig sei. Ferner werden durch Diebstähle häufig Mindergewichte verursacht. Unter diesen Umständen sei ein Bruttonutzen von 4 Mark für den Zentner für den Großhändler und von 11 Mark für den Kleinhandler zu wenig. Es wird daher ein Nutzen von 6 bzw. 15 Mark, und wenn beim Kleinverkauf Reinnettogewicht verlangt werde, von 20 Mark beansprucht; bei 15 Mark müßte das Einwiegen der Verpackung zugebilligt werden. (Voransetzung wäre aber, daß zur Verpackung leichtes Papier verwendet würde.) Jedenfalls solle dem Groß- wie dem Kleinhandler ein Anspruch auf Lieferung des richtigen Gewichts zugesichert werden. — Eine andere Klage richtet sich gegen die J.C.G. bezüglich der ausländischen Weichkäse, die von Holland und Dänemark in Stücken von 50 Gramm auf den Markt kommen. Die J.C.G. hat bestimmt, daß der Großhandel daran nur 30 Pfg. per Pfund und der Kleinhandler ein Drittel, also 10 Pfg. am Pfund oder 1 Pfg. am Stück verdienen darf. Da dieser Käse 50 Pfg. kostet, darf der Kleinhandler also nur 2 Prozent verdienen, ganz unberücksichtigt des Verlustes, der auf dem Transport durch Zerbrüche usw. entsteht.

„Die Kartoffelversorgung“. Auf die Beschwerde des Bundes der Landwirte in Württemberg wegen der zwangsweisen Kartoffelbeschlagnahme in verschiedenen Bezirken und der Beschränkung der Kartoffelzutellung bis 15. April 1917 statt 15. August 1917 — antwortet das Ministerium des Innern: Der durch die einheimische Ernte nicht gedeckte Bedarf Würtbergs an Speisekartoffeln sei nach den ursprünglichen Verbrauchsätzen des Kriegsberahrungsamts (2 Pfund täglich auf den Kopf auf 1 700 000 Jtr. festgestellt worden. Davon sollten liefern die preuß. Provinz Sachsen 200 000, Hohenzollern 100 000, Bayern 200 000 und das Großh. dessen 1 200 000 Jtr. Letztere Menge wurde auf die Vorstellungen dessens von der Reichs-kartoffelstelle auf 900 000 Jtr. ermäßigt und die restlichen 300 000 Jtr. übernahmen einige preußische Provinzen, darunter Brandenburg. Die Lieferungen erfolgten aber, mit Ausnahme von Brandenburg, sehr zögernd, so daß in den größten Städten und in den Industriegegenden Würtbergs eine Notlage entstand, der man dadurch abhalf, daß die eigene Erzeugung im Lande für die Versorgung der Bedarfsverbände herangezogen wurde unter Zugrundelegung des Verbrauchs von 2 Pfund täglich für die Schwerarbeitenden. Wäre dem Erzeuger gestattet worden, unter Zugrundelegung eines Eigenverbrauchs von 1 1/2 Pfund täglich auf den Kopf der Familie, seinen zurückgehaltenen Bedarf bis

zum 15. August 1917 auszuheben, so hätte eine wirkliche Linderung der Not nicht erreicht werden können. In den Bedarfsbezirken sei der Verbrauch auch jetzt noch nicht bis 15. April 1917 gesichert, die Bevölkerung müsse vielmehr auf die Streckung der Kartoffeln durch Bodenfruchtbarkeit verwiesen werden. Das Ministerium erkennt an, daß die bäuerliche Bevölkerung sich den Anordnungen gegenüber willig gezeigt habe und daß sie mit dem ihr zugewiesenen Kartoffelsatz zufrieden sei, der Zwang habe sich aber nicht vermeiden lassen. Anerkanntes Saatgut sei nicht beschlagnahmt worden, dagegen hätten Ansprüche auf Saatgut festgestellt werden müssen. Das Ministerium werde in seinen Bemühungen, weitere Lieferungen aus nichtwirtschaftlichen Gemeindevorständen zu erhalten, nicht nachlassen.

**Reisebrotmarken.** Immer noch kommt es vor, daß Leute auf die Reise gehen, ohne sich mit den seit 15. Oktober vorgefertigten Reichsreisebrotmarken zu versehen, die von der Heimatgemeinde im Austausch mit den Gemeindevorkarten oder bei Selbstversorgern (Bäckern usw.) mit den Reichskarten ausgegeben werden. In der Uebergangszeit bis zum 1. Dezember können die Gemeindevorstände den in ihrem Bezirk sich vorübergehend aufhaltenden Fremden, die ihre gewöhnlichen Brotkarten nicht angetauscht haben, mit Tagesbrotkarten noch ausstatten, vom 1. Dezember ab ist dies aber nicht mehr zulässig, und wer von da ab verfährt, seine Brotkarten unzutauschen, wird auf der Reise auch kein Brot mehr bekommen können.

**Freudenstadt, 21. Nov.** Gestern abend 7 1/2 Uhr ist der neuernannte Dekan Ed. Knapp mit Familie von Basel dahier eingetroffen.

**(-) Wangen i. A., 21. Nov.** (Unglücklicher Schuß.) Ein 17 Jahre alter Sohn des Oekonomen in Neurenstern hantierte im Pferdestall mit einem Gewehr. Plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel traf ein wertvolles Pferd in den Kopf, das bald darauf verendete.

### Bermischtes.

Eine halbe Million ungarischer Staatskassenscheine verbrannt. Bei der Kreditanstalt in Wien ist ein Paket Effekten, enthaltend 5 1/2 Proz. hgl. ungarische Staatskassenscheine vom Jahre 1916 im Nominalbetrage von 500 000 Kronen, das von der Depositenabteilung mit dem Effektenaufzug der Effektenabteilung übermühtet wurde, in bisher unaufgeklärter Weise in Verlust geraten.

### Letzte Nachrichten. Der Abendbericht.

**WTA. Berlin, 21. Nov. Abends.** (Amtlich.) Im Sommergebiet starker Nebel, Gefechtsfähigkeit heute geringer. **Gratova ist genommen.**

**WTA. Wien, 21. Nov.** Das Armeekorpskommando teilt amtlich mit: Gratova, der Hauptort der westlichen Balachei, ist heute vormittag in Besitz genommen worden.

**WTA. Berlin, 21. Nov.** In der Sitzung des Bundesrats vom 21. November wurde dem Entwurf eines Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst die Zustimmung erteilt.

**WTA. Großes Hauptquartier, 16. Nov. (Amtlich.)** Sr. Majestät der Kaiser hat den Generalobersten von Borrich durch allerhöchste Kabinettsordre zum Chef des 4. schlesischen Infanterieregiments Nr. 51 ernannt.

**WTA. Wien, 22. Nov.** Die außerordentliche Widerstandskraft, die Kaiser Franz Joseph schon als hochbetagter Greis bei den wiederholten ziemlich schweren Erkrankungen der Atmungsorgane im letzten Jahrzehnt bewies, die Hingebung, die Sorge und die Kunst der ihn behandelnden Ärzte, nährien in der Umgebung des Kaisers, sowie in der ganzen Bevölkerung der Monarchie die Hoffnung, daß auch die letzte Erkrankung des Monarchen, die in der ersten Dekade des Monats November bekannt wurde, vorübergehen werde. Wie aus den Bulletins, die ungeschminkt den wahren Zustand des Kaisers darstellten, bekannt wurde, hielt der Kaiser seine gewohnte Lebensweise und die Beschäftigung bis vorgestern bei und nutzte sich allerdings in den letzten Tagen zu viel zu, indem er trotz erhöhter Temperatur und Hustenreizes neben den gewöhnlichen Vorträgen auch längere Audienzen erteilte, bei denen der Kaiser viel sprach. Seit dem 18. November hatte der Appetit abgenommen. In diesem Tage trank der Kaiser zur Belebung der Kräfte ein Glas hartes Weißwein und zwei kleine Gläser Champagner und rauchte immer noch die gewohnte Zigarre. Die letzten Nächte waren zum Teil durch Hustenreiz etwas gestört. Indessen beruhigte die gute Herzfähigkeit und die gleichmäßig gute Atmung die Ärzte auch noch am 19. November. Auch vorgestern arbeitete der Kaiser tagsüber, wenn auch müde und mehr abgepannt als sonst, und empfing bekanntlich den Armeekorpskommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich in dreiviertelstündiger Audienz. In seiner engsten Umgebung stiftete jedoch der Zustand des Monarchen erste Besorgnis

ein. Erzherzogin Marie Valerie war in den letzten Tagen stets am Kaiser. Jetzt trafen auch die ältere Tochter, Prinzessin Gisela von Bayern, und ihre Schwägerin, die Herzogin Karl Theodor, in Wien ein. Das Thronfolgerpaar war ständig in Wien geblieben. Am Montag Abend begab sich der Kaiser zum erstenmal zeitiger zur Ruhe als sonst. Der erste Teil der Nacht verlief bis 1 Uhr ohne Störung. Erst später stellten sich Hustenanfälle ein. Das Fieber, das nicht zurückgegangen war, zeigte am 21. November tagsüber ein ganz bedrohliches Ansteigen. In den Nachmittagsstunden trat dann eine Verschlimmerung ein, die den Tod herbeiführte. Erzherzogin Marie Valerie, die ununterbrochen am Sterbebett des kaiserlichen Vaters gewartet hatte, war vor 8 Uhr abends auf den Westbahnhof gefahren, um ihre aus Wallsee entressende Tochter zu erwarten, wurde jedoch sofort von einem Hofbeamten nach dem Schönbrunner Schloß zurückgerufen, da inzwischen die Hoffnung auf Erhaltung des Lebens des Monarchen geschwunden war. Kurze Zeit nach der Rückkehr der Erzherzogin hauchte der Kaiser seine Seele aus.

Die Nachricht vom Hinscheiden des Monarchen verbreitete sich erst gestern Abend gegen 11 Uhr in den öffentlichen Lokalen und wirkte geradezu lähmend auf das Publikum, das das Unfassbare kaum zu glauben vermochte. Augenblicklich verfiel überall Spiel und Gesang. Die Todesnachricht weckte tiefste Ergriffenheit. Das Ereignis wurde inzwischen gegen Mitternacht auch durch Extraausgaben der Blätter öffentlich bekannt gegeben.

### Handel und Verkehr.

**(-) Stuttgart, 21. Nov. (Dtschmarkt.)** Die Zentrumsvermittlung für Obstverwertung schreibt: Die sehr geringe Zufuhr auf dem heutigen Obstmarkt wurde noch bei Sonnenlicht abgesetzt, mancher Koch Apfel mußte auch das Licht des Tages sehen. Der Markt beginnt gegenwärtig für ein wirksame Kontrolle um eine Stunde zu früh. — Der Gemüsemarkt war nicht so reich geräumt, der Regen hielt die Käufer zurück. Bräufelder, Bleichschote, wird zu 4,50 Mk. das Stücker, 20 Pf. brutto für netto im Großhandel und zu 35—40 Pf. das Pfund im Kleinhandel umgekehrt.

### Wetter.

Eine rückläufige Bewegung des kaum über uns weggezogenen Luftwirbels hat den neuen Hochdruck wieder verdrängt. Für Donnerstag und Freitag ist meist bedecktes, und auch zu Niederschlägen oder vereinzelt Schneefälle geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Scherstellung verantwortlich: Ludwig Paul.  
Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei Altensteig.

## Aufforderung zur Bezahlung der Einkommen- Kapital- u. Vermögensteuer für 1916.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche das auf 1. November d. J. fällige zweite Drittel an Einkommen- und Kapitalsteuer, sowie die auf 1. Oktober d. J. fällige zweite Hälfte der Vermögensteuer noch nicht entrichtet haben, werden zur alsbaldigen Bezahlung aufgefordert. Gegen Säumige müßte das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Altensteig, den 20. Nov. 1916.

K. Kameralamt:  
Fromlet.

Egenhausen, den 21. Nov. 1916.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

**Anna Maria Walz**  
Maurers Witwe

erfahren durften, sowie für die so trostreichen Worte des Herrn Pastors, danken recht herzlich die trauernden Hinterlassenen.

### Geldpostschachteln aller Art

empfehlen die

**W. Ricker'sche Buchh., Altensteig.**

Ehrenbach.  
Eiuzige Fuhren

### Sägmühle- Abfallholz

hat gegen bar abzugeben

**M. Schnierle.**

Ich bin kurze Zeit im Urlaub und bitte

### zu färbende Gegenstände

sosort bei Kaufmann Krauß Altensteig abzugeben.

**G. Dengler, Färber  
Egenhausen.**

### Verloren

ging eine große Schachtel auf der Straße Nagold-Altensteig-Simmersfeld.

Abzugeben gegen Belohnung in der W. Ricker'schen Buchdruckerei.

Heilt den Verwundeten!  
Ziehung am 2. Dez. 1916

### Rote Kreuz-Kriegs- Geld-Lotterie

2285 nur bare Geldgewinne zusammen Mark.

**36000**  
Hauptgewinn Mk.

**15000**  
Lohn zu 1 Mark.

11 Lose 12 Mk. Personale 15 Pf. Zu beziehen durch alle Verantw. stellen und die Generalagentur

**J. Schweickert**  
Stuttgart, Reiterstr. 4.  
Fernsprecher 1921.

Siehe in der W. Ricker'schen Buchdruckerei und bei Ricker'scher Buchh.

## Wotan „G“

in die neue gasgefüllte elektrische Lampe.

Sie gibt eine, dem Tageslicht ähnliche Beleuchtung, ist sehr widerstandsfähig, stromsparend und den gewöhnlichen Lampen weit überlegen.

Zu haben bei

**Joh. Müller & Söhne**  
Maschinen- & Installationsgeschäft.

### Geschäftsbücher

in den gangbarsten Dimensionen und allen Stärken

### Strazzen

— in allen Größen —

### Notizbücher

für geschäftliche und private Zwecke in großer Auswahl

### Kopierbücher

in 250, 500 und 1000 Blatt

### Briefordner

in bewährten Sorten

### E. Schnellheft. c

— in verschiedenen Farben —

empfehlen die

**W. Ricker'sche Buchhandlung**  
Altensteig.

